

Stickoxide kein Kreisthema

https://www.oberhessische-zeitung.de/lokales/vogelsbergkreis/landkreis/stickoxide-kein-kreisthema_18703991

Von Christian Dickel am 24. April 2018

Vonseiten der Opposition hagelte es heftige Kritik am Landtagskandidaten der CDU, Michael Ruhl, während der Kreistagssitzung am Montag in Grebenau. Auslöser war ein Antrag der Grünen zur Stickoxidbelastung im Vogelsbergkreis.



Abgase belasten die Bewohner vieler Großstädte und sind zum Thema geworden. Auch im Vogelsberg wird diskutiert. Symbolfoto: dpa

GREBENAU/VOGELSBERGKREIS - Vonseiten der Opposition hagelte es heftige Kritik am Landtagskandidaten der CDU, Michael Ruhl, während der Kreistagssitzung am Montag in Grebenau. Auslöser war ein Antrag der Grünen zur Stickoxidbelastung im Vogelsbergkreis.

Die Grünen wollten den Kreisausschuss beauftragen, Vorschläge zur Erfassung und Reduzierung der lokalen Belastung durch Stickoxide aus dem Straßenverkehr zu machen. Insbesondere sollten Verkehrsschwerpunkte im Kreis identifiziert und untersucht werden. Udo Ornik (Grüne) begründete den Antrag mit dem Hinweis auf die kürzlich erhobenen hohen Messwerte und die anschließend erfolgten Diskussionen (unsere Zeitung berichtete mehrfach). "Das hat zur überregionalen Berichterstattung geführt. Bei einer Messung in

der Alicestraße in Alsfeld wurde eine Stickoxid-Konzentration gemessen, die weit oberhalb der zulässigen Grenzwerte liegt. Verkehrs- und Gesundheitsbehörden sind nun aufgefordert, zu handeln", erklärte Ornik. Er wünsche sich eine interkommunale Zusammenarbeit mit Kommunen und Kreis. Die Linke hatte darüber hinaus einen Änderungsantrag eingebracht, der vorsah, das Ansinnen der Grünen, um die Erfassung von Feinstaub und Lärm zu erweitern. Demnach sollten Verkehrsschwerpunkte im Kreis identifiziert und untersucht werden. "Die Stickoxide sind momentan überall im Gespräch. Aber die Belastung der Bürger basiert schließlich auch auf Lärm und Feinstaub", sagte Michael Riese (Linke). Lärm und Feinstaub würden bei uns aber nur geschätzt und nicht gemessen. "Aber im Prinzip gehören alle drei zusammen", erklärte Riese.

Für die große Koalition entgegnete Michael Ruhl: "Man merkt gerade, dass Grüne und Linke über die Messergebnisse jublieren." Jetzt könnten sie endlich auch im ländlichen Raum gegen das Auto vorgehen. Linke und Grüne würden den nötigen Individualverkehr im Vogelsberg verkennen. Selbst mit dem Ausweichen auf die Schiene könne der notwendige Individualverkehr nicht heruntergespielt werden. "Es gibt nur eine Lösung, und zwar den überörtlichen Verkehr an den Ortschaften vorbeizuführen", sagte Ruhl. Aber Grüne und Linke seien sowohl gegen die Autobahn 49 als auch gegen die Ortsumgehung Lauterbach/Wartenberg gewesen.

Daraufhin holte Ornik zum Rundumschlag gegen Ruhl aus: "Sie bewerben sich für den hessischen Landtag und nehmen Worte in den Mund, die Sie irgendwann bereuen. Sie wollen weiterhin Glyphosat einsetzen, haben sich für die Schließung der Geburtenstation in Alsfeld stark gemacht und jetzt wollen Sie einen Antrag zur Luftverbesserung verhindern. So jemand wie Sie sollte sich nicht als Vertreter im Hessischen Landtag für den Vogelsberg bewerben", entgegnete Ornik. Er werde Ruhls getätigte Aussagen bis zur Landtagswahl immer wieder in Erinnerung rufen. Riese setzte die Kritik an Ruhl fort: "Ich bin auch etwas verwundert. So etwas wie Sie hat der Landtag wirklich nicht verdient. Im Antrag steht überhaupt nichts in der Richtung, dass wir gegen den Individualverkehr sind. Wir wollen Messungen, vielleicht kommt dabei auch heraus, dass wir im Schlaraffenland leben. Bleiben Sie doch beim Thema." Der größte Feinstaubverursacher sei ohnehin die A5.

Matthias Weitzel (SPD) wies darauf hin, dass die Koalition gegen den Antrag sei, weil Städte und Gemeinden für die Messungen zuständig seien. Beispielsweise stehe das Thema auf der Agenda der nächsten Stadtverordnetenversammlung in Alsfeld. Da gehöre es auch hin. "Das Thema ist zu ernst, um darüber zu streiten, aber es muss an die richtigen Zuständigkeiten. Der Ältestenrat sollte wirklich darüber beraten, welche Themen auf die Tagesordnung kommen", sagte Weitzel (siehe dazu auch Bericht auf Seite 17). Mit den Stimmen der großen Koalition wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.